



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack

KERSTIN TACK

HANNOVER IM HERZEN.
DEUTSCHLAND IM BLICK.



Menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen gewährleisten

Aktuellen Prognosen des Bundesinnenministeriums zufolge werden in diesem Jahr bis zu 800.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Armut und Gewalt sind sie auf der Suche nach Schutz und einem besseren, menschenwürdigeren Leben.

Um zügige Verfahren für alle Antragsteller zu sichern, haben wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 650 zusätzliche Stellen erhält. Zur adäquaten Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten wird der Bund bereits in diesem Jahr 1 Mrd. Euro bereitstellen sowie ab dem Jahr 2016 einen dauerhaften Beitrag leisten.

Durch die Bereitstellung zusätzlicher Bebauungsflächen sparen Kommunen und Länder jährlich 25 Millionen Euro. Zudem können Unterkünfte nun auch auf siedlungsnahen Grundstücken oder in Gewerbegebieten errichtet werden.

Liebe Leserinnen und Leser,

wer hätte vor einigen Monaten gedacht, dass wir ab Sommer vor einer der größten Herausforderungen unseres Landes seit Jahrzehnten stehen. Mehr als 60 Mio. Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Viele Hunderttausend davon erreichen unser Land.

Die Bilder von Flüchtlingsströmen in Lagern, auf dem Meer, in den Zügen, in LKW's oder zu Fuß **entsetzen uns**. Die Bereitschaft und das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, diesen notleidenden Menschen Hilfe und Unterstützung zu geben, **beeindrucken uns**. Berichte von Hetzparolen oder gar brennenden Flüchtlingseinrichtungen **beschämen und entrüsten uns**.

Es ist und bleibt eine immense Herausforderung: Unterkünfte müssen jetzt zur Verfügung gestellt werden, Sprachkurse und ärztliche Versorgung müssen jeden erreichen, Arbeits- bzw. Bildungsangebote müssen vorgehalten werden, Wohnungen müssen zur Verfügung gestellt werden.

Familien werden nachziehen und müssen Zugang zum Bildungssystem und Arbeitsmarkt bekommen. All dies und mehr wird in den nächsten Monaten eine große Aufgabe darstellen.

Aber gerade dies bietet für Deutschland auch eine immense Chance. Wenn Integration gelingt, können wir auch Antworten auf den Fachkräftemangel finden. Im Pflege- und Erziehungsbereich, in den sog. MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und vielen anderen Bereichen benötigen wir engagierte Menschen, die es auszubilden gilt. Uns allen kann deshalb nur daran liegen, jetzt eine gelingende Integration zu unterstützen. Dazu gehören neben den politischen Anforderungen aber vor allem auch die Menschen, die sich gemeinsam dieser Aufgabe stellen und ihren Beitrag leisten. Ich bin sicher, wir können das schaffen: gemeinsam, solidarisch und weltoffen.

Herzlichst Ihre
Kerstin Tack, MdB

Fortsetzung auf Seite 2

150 Millionen Euro zum Ausbau von Integrationsbetrieben



Laut der UN-Behindertenrechtskonvention sollen Menschen mit Behinderungen auch am Arbeitsleben gleichberechtigt teilhaben. Hierfür braucht der erste Arbeitsmarkt mehr passgenaue Arbeitsplätze, die sich an den individuellen Fähigkeiten der Menschen orientieren.

Eine wichtige Rolle spielen dabei die etwa 800 Integrationsbetriebe, die es in Deutschland gibt. Sie gehören zum ersten Arbeitsmarkt und bieten damit eine echte Alternative zur Werkstatt für behinderte Menschen. Derzeit beschäftigen sie mehr als 22.000 Mitarbeitende mit und ohne Behinderungen auf sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. In den Belegschaften machen Menschen mit Behinderungen einen Anteil von 25 bis 50 Prozent aus und werden bei Bedarf arbeitsbegleitend betreut.

Jetzt wollen die Koalitionsfraktionen das bewährte Konzept mit 150 Millionen Euro fördern. In den Jahren 2015, 2016 und 2017 sollen jeweils 50 Millionen Euro aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe in den Ausbau der Integrationsbetriebe fließen.

Für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen soll es in Zukunft außerdem möglich sein, sie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt zu berücksichtigen.

Menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen gewährleisten

Fortsetzung von Seite 1

Um angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, sollen die den Ländern bis zum Jahr 2019 zur Verfügung gestellten Bundesmittel in Höhe von jährlich 518 Millionen Euro verdoppelt werden.

Die Mittel für Integrationskurse wurden in diesem Jahr um weitere 29 Millionen Euro erhöht. Sie sollen künftig auch Asylbewerbern und Geduldeten offen stehen. Die Geflüchteten sollen darüber hinaus bessere Möglichkeiten zur Aufnahme eines Praktikums, einer Ausbildung oder einer Arbeit erhalten. Im September sind weitere Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Kostenverteilung geplant. Denn eines ist klar: Es ist unsere humanitäre Pflicht, Schutzsuchende menschenwürdig aufzunehmen.

„Arbeiten 4.0“ - Wie wollen wir künftig arbeiten?

„Arbeiten 4.0“ ist zur Zeit eines der viel diskutierten Themen, denn die Digitalisierung verändert Unternehmensprozesse, schafft neue Arbeitsformen und stellt damit neue Anforderungen an Beschäftigte und Unternehmen.

Viele Fragen werden dazu beantwortet werden müssen wie z.B.: Inwiefern wird Technik die Arbeit und den Bedarf an Berufen sowie Qualifikationen verändern? Wie gehen wir damit um, dass Technik Beschäftigung teilweise ersetzen wird? Wie garantieren wir solidarische Absicherung? Wie können wir im Alter abgesichert sein, von unserer Arbeit leben und dabei flexibel digital arbeiten? Ist die soziale Sicherung durch neue digital geprägte Arbeitsformen bedroht? Wie können wir Arbeitszeit durch digitale Technik besser vereinbar machen mit privater Zeit? Wie gehen wir um mit der vollständigen Digitalisierung von Produktionsprozessen, bei denen nicht mehr nur Mensch und Maschine miteinander interagieren, sondern auch Maschinen und Produkte untereinander kommunizieren? Wie können wir auch im Zeitalter der Industrie 4.0 eine inklusive Arbeitswelt verwirklichen und in diesem Sinne allen Menschen eine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt bieten?

Ein Fokus sozialdemokratischer Politik für „Arbeiten 4.0“ liegt bei den Fragen von Aus- und Weiterbildung und der Zukunft der Mitbestimmung in den Unternehmen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Produktion und in den damit zusammenhängenden Dienstleistungen sollen mit der Geschwindigkeit der Digitalisierung Schritt halten können. Nur über starke Mitbestimmungsrechte kann ein Weg von technischer Revolution zu sozialem Fortschritt gefunden werden.

Unter anderem muss durch Betriebsvereinbarungen sichergestellt werden, dass die neuen Möglichkeiten des flexiblen und mobilen Arbeitens nicht zu Lasten des Privatlebens gehen und der Arbeitnehmerdatenschutz gewährleistet bleibt. Wichtig ist auch, die Umgehung von Arbeitnehmerrechten und Lohnkürzungen durch Outsourcing zu vermeiden. Hierzu bedarf es zum Beispiel klarer Regeln gegen den missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen. Gleichzeitig muss die berufliche Aus- und Weiterbildung die Beschäftigten in die Lage versetzen, den Herausforderungen einer digitalisierten Wirtschaft gerecht zu werden. Inklusiv schulische, betriebliche und universitäre Ausbildung müssen dazu den Anforderungen einer digitalen Wirtschaft gerecht werden. Angesichts der zu erwartenden sinkenden Nachfrage nach einfachen Tätigkeiten ist es eine zentrale Aufgabe die Weiterbildung, gerade auch von geringqualifizierten Beschäftigten, zu fördern. Schließlich befürworten wir ein inklusives durchlässiges Bildungssystem.

Das Positionspapier „Industrie 4.0“ der SPD-Fraktion kann heruntergeladen werden unter www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen#anchor_05

Interview mit Aigün Hirsch (29 Jahre), Referentin vom Flüchtlingsrat Niedersachsen

Zur Person: Aigün Hirsch verließ mit 16 Jahren ihr Heimatland Georgien und lebt seit 13 Jahren in Deutschland. 2007 machte sie ihr Abitur und studiert zur Zeit Bau- und Umweltingenieurwesen an der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH). Aigün Hirsch engagiert sich seit 2006 ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit und ist seit Februar 2015 als Referentin für den Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. tätig.

kontakt: Immer mehr Menschen müssen ihr Land aus Angst vor Krieg und Verfolgung verlassen. Die Folge: Weltweit sind derzeit 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnet damit, dass in diesem Jahr erstmals 800.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Glauben Sie, dass Deutschland in der Lage ist, diese Menschen ausreichend zu versorgen?

Aigün Hirsch: Wir sind glücklicherweise ein bevölkerungsreiches und wirtschaftlich starkes Land. Ich frage mich eher warum wir nicht in der Lage sein sollten die Menschen, die zu uns kommen, zu versorgen und ihnen eine gute Perspektive für ihre Zukunft zu bieten. Ich bin überzeugt, dass wir mehr als 800.000 Menschen ein neues und sicheres Zuhause bieten können.

Es ist bedauerlich, dass in den Medien viel zu oft über die Zahl 800.000 gesprochen wird und weniger darüber wer „die 800.000“ sind. Ich kann mir vorstellen, dass es viel mehr Sinn machen würde die Schicksale zu kennen, die hinter der Zahl stehen, um mehr Empathie und Verständnis für Schutzsuchende zu entwickeln.

kontakt: Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen flüchten, haben kaum Chancen auf Asyl. Gleichzeitig haben viele Flüchtlinge einen hohen Bildungsstandard und könnten unser Land bereichern. Bedarf es also eines neuen Einwanderungsgesetzes, um diesen Menschen eine langfristige Perspektive zu bieten?

Aigün Hirsch: Es stimmt, dass viele Flüchtlinge über einen hohen Bildungsstandard verfügen und von unserer Wirtschaft sehr gebraucht werden. Dieses würde nicht nur unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung positiv beeinflussen, sondern auch den Flüchtlingen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglichen. Hierfür müssten die Integrations Sprachkurse vom BAMF, am besten lieber gestern als heute, für alle Flüchtlinge zugänglich sein und nicht erst nach der Anerkennung ihrer Flüchtlingsstatus, denn das kann in manchen Fällen mehrere Jahre dauern.

kontakt: Die EU ist Friedensnobelpreisträger – und alle europäischen Staaten haben die UN-Flüchtlingskonventionen unterzeichnet. Trotzdem gibt es kaum Möglich-

keiten als Flüchtling legal nach Europa einzureisen. Glauben Sie, dass sich angesichts der jüngsten Tragödien in nächster Zeit etwas an diesem Widerspruch ändern wird und ändern muss?

Aigün Hirsch: Ich hoffe sehr, dass sich ziemlich schnell etwas ändert. Es sind bereits mehr als 20.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Jede Tragödie schockiert uns, aber nach einiger Zeit verblasst die Erinnerung und mit ihr rückt die Handlungsdringlichkeit weiter in die Zukunft. Es macht wenig Sinn Schlepper als Schuldige dieser Katastrophen auszumachen, vielmehr sollten wir uns fragen, warum es sie überhaupt gibt. Würde der „Beruf“ des Schleppers weiterexistieren, wenn Menschen legale Einreisemöglichkeit hätten?

Klar ist, egal wie massiv die europäischen Außengrenzen hochgerüstet werden, fliehende und vertriebene Menschen werden uns erreichen. Lebend oder tot. Es ist eine sehr tragische und belastende Realität.

Angesichts der aktuellen Lage muss die EU sichere Einreisewege für Flüchtlinge schaffen, nicht nur um dem Friedensnobelpreis gerecht zu werden.

kontakt: In den letzten Wochen gab es vermehrt Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte. Gleichzeitig nimmt die Anzahl der freiwilligen Helfer zu, die sich für Flüchtlinge engagieren. Wie würden Sie die Stimmung in der hiesigen Bevölkerung beschreiben? Abweisend oder offen?

Aigün Hirsch: Ich erlebe eine große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, immer mehr Menschen heißen Flüchtlinge vor Ort willkommen und erleichtern die Integration in unsere Gesellschaft. Sie begleiten die Hilfesuchenden zu den Behörden, geben Sprachkurse, vermitteln und übernehmen Familienpatenschaften, helfen bei der Wohnungssuche, bieten eigene vier Wände als neues Zuhause für Flüchtlinge, übernehmen Dolmetscheraufgaben, an einigen Stellen übernehmen HelferInnen sogar kurzzeitig Aufgaben, die eigentlich im Verantwortungsbereich der Kommunalverwaltungen liegen.

Trotzdem sollten wir rechtsradikalen Übergriffen und Fremdenfeindlichkeit jetzt noch entschlossener entgegengetreten. Da ist nicht nur unsere Justiz gefragt, sondern die gesamte Zivilgesellschaft.

kontakt: Welche Maßnahmen müssen von den Behörden aber auch von den Kommunen vor Ort ergriffen werden, damit die – teilweise schwer traumatisierten – Menschen, die hierher kommen, sich willkommen fühlen und in die hiesige Gesellschaft integrieren können?

Aigün Hirsch: Bund und Länder müssten den Kommunen mehr Freiheiten geben, einige Veränderungen durchzuführen und sich an



den Kosten der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge beteiligen.

Dieses würde es den Kommunen ermöglichen nachhaltige Aufnahmekonzepte zu entwickeln, die eine angemessene Betreuung und Qualifizierung der Flüchtlinge sichern können, und ebenso das Auszugsmanagement aus den Gemeinschaftsunterkünften umfassen sollte.

Alle vorhandenen Hürden bei der Wohnungssuche müssen abgebaut werden, wie z.B. Wohnsitzauflagen. Auch sollten Wohnberechtigungsscheine für Flüchtlinge ermöglicht werden. Das würde die Wohnungssuche, und somit eine integrationsfördernde Dezentralisierung der Geflüchteten, wesentlich erleichtern. Ein öffentlicher Appell an Vermieter, Wohnungen an Flüchtlinge zu vermieten, wäre sinnvoll. Organisation und Finanzierung kommunaler Integrationsangebote und Förderung des Zugangs zu Bildung und Arbeit wären weitere Aufgaben der Kommunen. Dabei müsste man auf Beschränkungen, wie Beschäftigungsverbot, Arbeitsmarktprüfung und Wartezeit verzichten.

Unbürokratischer Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, eigene vier Wände und bedürfnisorientierte Sprachförderung würden den Menschen die Integration in unsere Gesellschaft weitestgehend erleichtern.

Aber bei all diesen notwendigen und wichtigen Schritten dürfen die Kommunen nicht sich selbst überlassen werden.

kontakt: Was hat Ihnen ganz persönlich geholfen hier in Deutschland anzukommen?

Mir persönlich hat es geholfen, dass ich gleich von Anfang an eine Lehrerin an meiner Seite hatte, die mir Orientierung im deutschen Schulsystem gegeben hat und mich bei der Schulwahl begleitet hat.

Sehr wichtig war die Beratung der Hilfsorganisationen, wie dem Flüchtlingsrat Niedersachsen, der bei so vielen Fragen, während des Asylverfahrens, immer eine Antwort für mich hatte und mich über meine Rechte aufklärte. Außerdem haben mich meine vielen neuen, guten Freunde stark gemacht damals nicht aufzugeben. Dafür bin ich ihnen allen sehr dankbar.

Besuchergruppen in Berlin



02.07.2015: Kerstin Tack mit Schülerinnen und Schülern der Realschule Misburg



06.07.2015: Besuch politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis von Kerstin Tack in Berlin



07.09.2015: Kerstin Tack mit Besucherinnen und Besuchern der Lebenshilfe Hannover im Bundestag



08.09.2015: Zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten aus Weißrussland mit Kerstin Tack im Bundestag

Kerstin Tack unterwegs



15.06.2015: Kerstin Tack trifft Marius Müller aus Hannover, der für das Planspiel „Jugend und Parlament“ nach Berlin in den Bundestag gekommen ist



01.07.2015: Im Juli und August unterstützt Kerstin Tack eine Kampagne, die für eine inklusive Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen wirbt



24.08.2015: Kerstin Tack im Gespräch mit Bewohnern der betreuten Wohngemeinschaft und dem Team der Diakonie Himmelsthür



26.08.2015: Kerstin Tack zu Gast bei einer Diskussionsveranstaltung über das Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen im Josefshaus Bigge im Hochsauerlandkreis



05.09.2015: Kerstin Tack mit dem Oberbürgermeister Stefan Schostok, Bezirksbürgermeisterin Irma Walkling, dem Stadtrat Thomas Müller und MdL Michael Höntsch beim Lister Meilen Frühstück



05.09.2015: Kerstin Tack mit Paola Bludau, der aus ihrem Wahlkreis ausgewählten Stipendiatin des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP)



17.06.2015: Kerstin Tack mit anderen Mitwirkenden bei der Fachkonferenz „Herausforderungen an einen inklusiven Arbeitsmarkt“ in Berlin



25.07.2015: Kerstin Tack gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Verena Bentele, in Los Angeles bei den Special-Olympics-Weltspielen



23.08.2015: Kerstin Tack beim Schützenausmarsch in Groß-Buchholz



25.08.2015: Kerstin Tack zu Besuch bei der Kontakt- und Beratungsstelle von Mitten-drin Hannover e.V.



31.08.2015: Kerstin Tack und viele weitere Bürgerinnen und Bürger Gedenken Theodor Lessing vor seinem ehemaligen Wohnhaus in Hannover-Anderten



05.09.2015: Kerstin Tack unterstützt den SPD-Ortsverein Vahrenheide-Sahlkamp bei der Einschulungsaktion an der Grundschule Hägewiesen

Menschenwürdiges Sterben ermöglichen: Podiumsdiskussion zur Neuregelung der Sterbehilfe



Auf Einladung der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Edgard Bulmahn, Caren Marks, Matthias Miersch sowie Kerstin Tack diskutierten am 14. Juli in der üstra-remise 150 interessierte Bürgerinnen und Bürger über das wichtige und vielschichtige Thema der „Sterbehilfe“.

Um einen vielfältigen Austausch über diese Positionen zu ermöglichen, wurde das Podium an diesem Diskussionsabend mit verschiedensten Experten besetzt. Zu ihnen zählten der Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover, Ralf Meister, der Vorsitzende des Klinischen Ethik-Komitees (KEK) der MHH, Dr. Gerald Neitzke und das Präsidiumsmitglied bei der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben, Hans-Jürgen Rosin.

Der Landesbischof Ralf Meister betonte, dass die öffentliche Debatte der Sterbehilfe, in jedem Fall ein Gewinn für die Gesellschaft sei, denn sie lenke die Aufmerksamkeit von der kurativen Medizin auf die Palliativmedizin. Hans-Jürgen Rosin, Präsidiumsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben, unterstrich, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung eine Liberalisierung der Sterbehilfe unterstütze und Menschen nicht nur selbstbestimmt leben, sondern auch sterben wollen. Der Mediziner und Wissenschaftler Dr. Neitzke erklärte dagegen, dass die gegenwärtige Gesetzesregelung ausreiche und die Mediziner die Frage der Sterbehilfe selbst lösen sollten. MdB Kerstin Tack verwies in ihrem Vortrag auf die schwierigen Zustände in der Pflege und auf die Verantwortung der Ärzte die unterschiedlichen Regelungen zur Sterbebeihilfe in den Bundesländern, einheitlich zu regeln.

Insgesamt war die Diskussionsveranstaltung von einer offenen und sachlichen Debatte geprägt, die auch im privaten Umfeld fortgesetzt werden sollte. Denn nach wie vor ist der Tod in unserer Gesellschaft ein Tabuthema.

Kerstin Tack sucht Unterstützer/innen für den guten Zweck!

Die Norddeutsche Hufschmiedegemeinschaft Nordhuf wird auf der diesjährigen „Pferd & Jagd Messe Hannover“ das Brandenburger Tor aus 10.000 Hufeisen nachbauen – und damit einen Weltrekord aufstellen. Anschließend wird das Objekt verkauft. Und der gesamte Erlös für Kinder in Not spendet!

Kerstin Tack unterstützt dieses außergewöhnliche und karitative Vorhaben – und sucht noch weitere Spenderinnen und Spender. Wer helfen will, kann schon ab 10 Euro ein Zertifikat erwerben, als Sponsor auftreten – oder gar das Brandenburger Tor erwerben.

Interessierte können sich gerne per Mail kerstin.tack.wk@bundestag.de oder auch telefonisch unter 0511/699805 ans BürgerInnenbüro wenden. Weitere Informationen gibt es auch auf: www.nordhuf.de

Kerstin Tack und Stephan Weil sagen „Danke“: Sommergrillen für Ehrenamtliche geht in die zweite Runde

Am Sonntag, den 19. Juli veranstaltete die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Tack gemeinsam mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil zum zweiten Mal in Folge ein Sommergrillen für über 100 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus dem Wahlkreis.

Die verschiedenen Vereine, Verbände, sozialen Projekte, religiöse Gemeinschaften und politisch Aktive prägen den Stadtteil maßgeblich mit und sorgen für ein gutes Zusammenleben im Quartier. Doch ehrenamtlich Aktive tragen nicht nur zur Lebensqualität im Stadtteil bei, sie sind auch wichtige Dialogpartner und Impulsgeber für die Politik.



Mit dem jährlichen Sommergrillen wollen sich Stephan Weil und Kerstin Tack für die wichtige Arbeit der vielen Ehrenamtlichen vor Ort bedanken und ihren gesamtgesellschaftlichen Einsatz würdigen. In diesem Jahr luden die beiden SPD-Politiker die ehrenamtlich Aktiven in den Kleingartenverein Neue Hoffnung ein – und nahmen sich in lockerer Atmosphäre viel Zeit für die Anliegen der Gäste. Kühle Getränke und allerlei Gegrilltes rundeten den stimmungsvollen Sommernachmittag ab.

Aus meinem Terminkalender Oktober bis Dezember 2015

- 05.10. Veranstaltung mit MdB Hiltrud Lotze zum Bundesteilhabegesetz im SOS-Hof Bockum in der Lüneburger Heide
- 06.-10.10. Marktwoche, Hannover
- 08.10. Pflege-Talk, Hannover
- 12.-16.10. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 19.10. Besuch AfB social & green IT, Hannover
- 19.10. Einweihungsfeier UMUT e.V., Hannover
- 21.10. Veranstaltung zum Bundesteilhabegesetz mit MdB Ulrike Bahr, Augsburg
- 22.10. Veranstaltung mit dem OV Oststadt/Zoo zum Thema „Demographischer Wandel“, Hannover
- 02.-06.11. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 03.-04.11. Besuch von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis, Berlin
- 09.-13.11. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 14.11. Mitgliederversammlung der Special Olympics Deutschland, Frankfurt
- 17.11. Wahlkreiskommission, Hannover
- 19.11. Veranstaltung zum Bundesteilhabegesetz mit MdB Marina Kermer, Stendal
- 20.11. Vorlesetag in der Grundschule Alemannstraße, Hannover
- 21.11. Familienprogramm der Special Olympics Deutschland, Hannover
- 23.-27.11. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 26.11. Veranstaltung zum Bundesteilhabegesetz mit MdB Mechthild Rawert, Berlin
- 30.11.-04.12. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 03.12. Besuch VW Nutzfahrzeuge/IG Metall im Deutschen Bundestag, Berlin
- 10.-12.12. SPD-Bundesparteitag, Berlin
- 14.-18.12. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin

Impressum:

kontakt | Ausgabe 3/2015 | V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de | kerstin.tack.wk@bundestag.de
Redaktion: Juliane Binder, Maria-Theresa Eggers, Franziska Latta und Heidi Röder
Layout und Satz: Knud Lagershausen
Gedruckte Auflage: 2.500 Exemplare
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 09.09.2015
Bildnachweise:
S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com
S. 1 Kerstin Tack | Susie Knoll / Florian Jänicke
S. 2 Photodiem | shutterstock.com

Schöne Tradition: Fastenbrechen von MdB Kerstin Tack mit dem Ministerpräsidenten Stephan Weil und der niedersächsischen Integrationsbeauftragten Doris Schröder-Köpf



Am 23. Juni hat Kerstin Tack Vertreterinnen und Vertreter der islamischen Gemeinden und der hannoverschen Stadtgesellschaft zum nunmehr dritten Fastenbrechen eingeladen. Das Fastenbrechen ist ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung für die hannoverschen Muslime – und fördert den Dialog auf Augenhöhe. Und so folgten auch in diesem Jahr 100 Gäste der Einladung von Kerstin Tack, um im Freizeitheim Vahrenwald bei Musik und orientalischem Speisen zusammenzukommen – und das iftar-Mahl zu begehen.

Unter den Gästen befanden sich auch der Ministerpräsident Stephan Weil, die niedersächsische Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf und der türkische Generalkonsul in Hannover, Mehmet Günay, die ein Grußwort an die anwesenden Gäste richteten – und die Weltoffenheit Hannovers lobten. So erinnerten die Gastredner an die Anti-Hagida-Demonstrationen mit über 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu Beginn dieses Jahres, die ein starkes Zeichen gegen Rechts setzten. Auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das pauschale Kopftuchverbot für Lehrerinnen zu kippen, wurde als Meilenstein auf dem Weg zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und den muslimischen Verbänden gewürdigt.

Es folgte ein Vortrag von einer islamischen Theologin zur Bedeutung des Fastenbrechens sowie ein gemeinsames Gebet, das von einem jungen Iman vorgetragen – und von musikalischen Klängen begleitet wurde. Nach Sonnenuntergang wurde gemeinsam das Fasten mit einer Dattel gebrochen und der Abend bei guten Gesprächen ausgeklungen.

BürgerInnensprechstunde von Kerstin Tack

6. Oktober 2015 von 15:00 bis 18:00 Uhr
17. November 2015 von 15:00 bis 18:30 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack | Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Um Anmeldung wird gebeten unter Tel. 0511 69 98 05 oder per E-Mail an kerstin.tack.wk@bundestag.de